

Kein Halten mehr

Die Linke will keine »roten Linien« für eine Regierungsbeteiligung übertreten. Thüringens Regierungschef hat das bei der Bundesratsabstimmung zur Pkw-Maut gerade getan

Ralf Wurzbacher

Auf keinen Fall seien mit der Linken »weitere Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge, Kürzungen im Sozialbereich und Kampfeinsätze der Bundeswehr« zu machen. So hat es Katja Kipping am Montag bei der Vorstellung des Programmentwurfs der Linkspartei zur Bundestagswahl gesagt. Dies seien, so die Parteivorsitzende, die drei »roten Haltelinien« für den Fall eines Regierungsbündnisses mit SPD und Grünen nach dem Urnengang im Herbst. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow würde das sicher auch behaupten – müsste er sich zur Wiederwahl stellen. Das allerdings wird voraussichtlich erst in zwei Jahren soweit sein, und wahrscheinlich haben die Wähler bis dahin wieder vergessen, was einst am 31. März 2017 geschah. An diesem Tag nämlich könnte rückblickend der Weg zum Ausverkauf der deutschen Autobahnen geebnet worden sein.

Vergangenen Freitag hat der Bundesrat mit denkbar knapper Mehrheit entschieden, die sogenannte Ausländermaut nicht in den Vermittlungsausschuss zu verweisen. Wäre es so gekommen, und danach sah es im Vorfeld angesichts des erklärten Widerstands einer Reihe von Bundesländern – darunter Thüringen – aus, wäre das Gesetzgebungsverfahren wohl nicht mehr vor der Bundestagswahl abzuschließen gewesen. Damit hätte sich das Vorhaben mindestens für lange Zeit verzögert, womöglich sogar ganz erledigt. Es kam anders: Thüringen enthielt sich überraschend der Stimme und gab damit grünes Licht für ein Projekt, das alle drei Koalitionsparteien, also Linke, SPD und Grüne, ausdrücklich ablehnen.

Bemerkenswert ist die »Offenheit«, mit der Ramelow den Vorgang rechtfertigte. Demnach soll er von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) die mündliche Zusage für ein regionales Bahnprojekt erhalten haben. Dabei geht es um den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Trasse zwischen Weimar und Gößnitz, wofür das Land bislang erfolglos um Bundesmittel gebeten hatte. Er habe als Ministerpräsident dem Landeswohl zu dienen, genau das werde mit dem Bundesratsvotum deutlich, erklärte der Regierungschef. Im übrigen sei er

nach wie vor gegen die Pkw-Maut, die man aber auch mit einer Ablehnung nicht hätte verhindern können. Im Vermittlungsausschuss wäre es lediglich darum gegangen, ob die Abgabe in grenznahen Regionen eingeführt werde oder nicht. Letztlich entscheide über deren Rechtmäßigkeit der Europäische Gerichtshof.

Kein Wort verlor Ramelow darüber, dass nach der »Ausländermaut« die allgemeine Maut kommen wird, die wiederum zwingende Voraussetzung und unerlässlicher Bestandteil der geplanten Autobahnprivatisierung ist (*jW* berichtete). Dabei ist man sich darüber in seiner Partei völlig im klaren. So hat Herbert Behrens von der Linksfraktion im Bundestag vor drei Wochen konstatiert: »Wer diese Maut heute nicht ablehnt, beschließt die »Maut für alle« von morgen.« Und seine Fraktionskollegin Sabine Leidig hielt Dobrindt am 10. März vor: »Sie wollen mehr Geld für Autobahnen, und zwar in Verbindung mit der geplanten Infrastruktur-GmbH, die den Weg für Privatisierungen öffnet. Damit haben Sie künftig einen Riesenbatzen Geld möglicherweise in die Kassen von großen Versicherungen und Banken umgelenkt (...).«

Ramelow weiß um diese Gefahr, und er weiß ebenso um die Wünsche von Investoren, dass neben Fernstraßen künftig gefälligst auch Kindergärten und Schulen als Anlageobjekte via Infrastrukturgesellschaft vermarktet werden. Und er weiß sehr genau, dass die SPD-Fraktion, die aktuell noch gegen die Autobahn-GmbH aufmuckt, in der Vergangenheit am Ende noch so ziemlich jede »Zumutung« mitgemacht hat. Hätte er all das zum Wohle der Bürger bedacht, wäre ein »Nein« zur Dobrindt-Maut im Bundesrat unverhandelbar gewesen.

So muss er demnächst wohl »hilflos« mitansehen, wie die Bundesregierung im Bundestag ein neoliberales Mammutprojekt eintütet, das er per einfachem Fingerzeig vielleicht nicht hätte verhindern, aber doch für unbestimmte Zeit aufhalten können. Denn: Mit »Haltelinien« lässt sich manchmal richtig und greifbar Politik machen. Man muss sich nur dran halten.

<http://www.jungewelt.de/artikel/308472.kein-halten-mehr.html>